

Niederschrift
über die Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses
am 18.10.2022

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus
Beginn: 17:08 Uhr
Ende: 19:15 Uhr

Anwesend:

CDU

Frau Dr. Christiana Bauer
Herr Vincenzo Copertino
Herr Steve Kuhlmann
Frau Ursula Schineller
Herr Michael Weber

SPD

Herr Melchior Fluhme
Frau Sylvia Gorsler Vorsitzende
Frau Regine Weißenfeld
Frau Miriam Welz Vertretung für Herrn Kollmeier

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Jana Bohne
Herr Serafin Eilmes
Herr Joachim Hood Stellv. Vorsitzender
Frau Sarah Labarbe

FDP

Herr Leo Knauf Vertretung für Herrn Detlefsen bis 18.10 Uhr

Die Partei

Herr Christian Loth Vertretung für Frau Asmuth

AfD

Herr Dr. Florian Sander bis 19.04 Uhr

Die Linke

Frau Angelika Beier

Beratende Mitglieder

Frau Murisa Adilovic Integrationsrat
Frau Iris Huber Seniorenrat
Herr Rüdiger Klein Psychiatriebeirat

Beratende Mitglieder nach § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NRW

Herr Robert Alich
Herr Michael Gugat
Frau Gordana Kathrin Rammert

Verwaltung

Herr Ingo Nürnberger
Herr Martin Adamski
Frau Silke Aron

Herr Holger Becker
Herr Jakob Bergen

Herr Dirk Cremer

Herr Stephan Doodt
Frau Nora Kristin Gäbel

Herr Peter Hiltawsky
Frau Gisela Krutwage
Herr Aiko Linnenbürger
Herr Björn Palma
Frau Elke Riemann
Herr Norbert Wörmann

Erster Beigeordneter Dezernat 5
Beigeordneter Dezernat 3
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Gesundheits-, Veterinär- und Lebens-
mittelüberwachungsamt
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Büro für Integrierte Sozialplanung und
Prävention
Amt für soziale Leistungen – Sozialamt-
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -
Stab Dezernat 5
Stab Dezernat 3
Kommunales Integrationszentrum

Gäste

Herr Ulrich Paus

AG Wohlfahrtsverbände

Schriftführung

Frau Britta Zimmermann

Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Vorsitzende Frau Gorsler begrüßt die Anwesenden zur 20. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung erklärt Vorsitzende Frau Gorsler, dass der TOP 6 „Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Personalbedarfe mit Corona-Bezug“ zusammen mit TOP 12.1 „Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt“ behandelt werden soll. Der TOP 8 „Weitere Verwendung des Integrationsbudgets - Fortsetzung Sprachlernangebote“ werde nur in 1. Lesung beraten. Darum habe der Integrationsrat gebeten, dessen Votum der Sozial- und Gesundheitsausschuss abwarten wolle.

Zu den Haushaltsberatungen unter TOP 12 gebe es folgende Änderungen:

Die Nachtragsvorlage (Drucks.-Nr. 4464/2020-2025/1) werde zurückgestellt, so das TOP 12.1.1 entfalle. Damit werde zum Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt die Ursprungsvorlage (Drucks.-Nr. 4464/2020-2025) unter TOP 12.1 in 2. Lesung beraten. Hierzu liege ein Antrag der Koalition zum Hitzeaktionsplan als Tischvorlage vor (Drucks.-Nr. 4947/2020-2025). Auch die nachgereichten Antworten zu diesem Haushalt lägen vor.

Die Ursprungsvorlage zum TOP 12.5 „Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Amt für soziale Leistungen – Sozialamt“ (Drucks.-Nr. 4436/2020-2025) werde ersetzt durch die Nachtragsvorlage aus TOP 12.5.1 (Drucks.-Nr. 4436/2020-2025/1), damit entfalle ihre Behandlung.

Weiterhin gibt Vorsitzende Frau Gorsler zu den Haushaltsberatungen den Hinweis, dass der Integrationsrat sich noch nicht abschließend beraten habe. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss könne heute davon unabhängig beraten und beschließen.

Weitere Änderungen zur Tagesordnung lägen nicht vor.

Die Anwesenden stimmen den Änderungen einstimmig zu.

Zu Punkt 1

Benennung der Schriftführung

Die Verwaltung schlägt vor, Frau Britta Zimmermann, Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -, als Schriftführerin des Sozial- und Gesundheitsausschusses zu bestellen.

Beschluss:

Frau Britta Zimmermann wird zur Schriftführerin des Sozial- und Gesundheitsausschusses bestellt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.08.2022**

Beschluss:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der 18. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.08.2022 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei einigen Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3 **Mitteilungen**

Zu Punkt 3.1 **Jahresbericht 2021 der Schuldnerberatungsstellen in Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf den mit der Einladung verschickten Jahresbericht.

-.-.-

Zu Punkt 3.2 **Förderprogramm “Verankerung gemeindepsychiatrischer Verbände in Nordrhein-Westfalen” des MAGS NRW: erfolgreiche Bewerbung zur Weiterentwicklung der Strukturen des Gemeindepsychiatrischen Verbundes Bielefeld**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Dezernates für Soziales und Integration.

-.-.-

Zu Punkt 3.3 **Spielflächen im Quartier „Am Dreierfeld“**

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die mit der Einladung versandte Mitteilung des Amtes für soziale Leistungen – Sozialamt. Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass mit dieser Spielfläche ein Versprechen gegenüber der BZV Heepen eingehalten worden sei.

-.-.-

Zu Punkt 4 **Anfragen**

Zu Punkt 4.1 **Übernahme des AWO-Berufskollegs in städtische Trägerschaft
(Anfrage CDU-Fraktion vom 04.10.2022)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4818/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler weist darauf hin, dass die Antwort der Verwaltung als Tischvorlage (**Anlage 1**) ausliegt.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis -

-...-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Regelmäßige Erstellung eines Gesundheitsberichtes der Bielefelder Bevölkerung**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer:

4697/2020-2025 (Antrag des Seniorenrates vom 09.09.2022),
4697/2020-2025/1 (Beschluss des Seniorenrates vom 21.09.2022) und
4716/2020-2025/1 (Beschluss des Beirates für Behindertenfragen vom
28.09.2022)

Frau Huber stellt den Antrag vor. Die für die Gesundheitsberichterstattung relevanten Daten fänden sich nicht komplett im Lebenslagenbericht.

Frau Bohne möchte wissen, wie sich der Gesundheitsbericht in das sonstige Berichtswesen einfüge und wie hoch der Mehraufwand sei. Herr Gugat hat große Sympathien für den Antrag, benötigt aber weitere Informationen, wie auch Herr Knauf, der dem Antrag eher kritisch gegenübersteht. Herr Klein bekundet das Interesse des Psychiatriebeirates und bittet darum, den Psychiatriebeirat künftig in die Beratungsfolge zu diesem Thema aufzunehmen.

Herr Cremer erläutert, dass bisher themenbezogene Berichte erstellt worden seien. Der Gesamtzusammenhang gehe so etwas verloren. Seiner Auffassung nach könnten die vorhandenen Ressourcen genutzt und ein Gesamtbericht erstellt werden. Auch Herr Hood hält den Ansatz grundsätzlich für richtig. Er wünscht ebenfalls einen konkreten Vorschlag der Verwaltung, aus dem hervorgehe, welche Aspekte und Faktoren von Gesundheit eine Rolle spielen sollten. Auch weist er darauf hin, dass der Praxisbezug für die zur Verfügung gestellten Berichte wichtig sei. Herr Dr. Sander möchte, dass Doppelstrukturen vermieden werden und verweist auf mögliche Berührungspunkte mit der Wissenschaft bzw. der Universität Bielefeld.

Beigeordneter Herr Adamski sagt einen entsprechenden Verwaltungsvorschlag zu. Die Daten seien vorhanden, sie müssten zusammengeführt und transparenter gemacht werden. Vorsitzende Frau Gorsler fasst die Diskussion in einem Prüfauftrag zusammen, über den der Sozial- und

Gesundheitsausschuss folgenden Beschluss fasst:

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt die Anträge zur Gesundheitsberichterstattung wohlwollend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, zu einer der nächsten Sitzungen den Inhalt eines solchen Gesundheitsberichtes, seine Ausführung, die hierfür erforderlichen Maßnahmen und die voraussichtlichen Kosten zu klären.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

Unterstützung des Bielefelder Tisches und der Lebensmittelausgabestellen (gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD, Linke, B 90/Die Grünen und CDU vom 06.10.2022)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4811/2020-2025

Frau Weißenfeld stellt den gemeinsamen Antrag vor. Auf die Nachfrage von Herrn Knauf, ob diese Art der Hilfe üblich und gerecht sei, erwidern Herr Gugat und Herr Paus, dass andere Träger die in Rede stehende Unterstützung sicher nicht kritisieren würden. Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt, dass städtische Immobilien oder öffentliche Einrichtungen häufiger kostengünstig zur Verfügung gestellt würden, so z.B. Räume im Grünen Würfel oder der Bürgerwache. Der ISB werde wohl nicht auf die Mieterträge verzichten, vielmehr werde die Unterstützung in Form eines Zuschusses aus dem Haushalt des Dezernates 5 erfolgen müssen, was aber haushalterisch auf dasselbe Ergebnis hinausliefe.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt einen Weg zu prüfen, den Bielefelder Tisch in diesen Krisenzeiten von der Mietzahlung an den Immobilienservicebetrieb (ISB) zu befreien. Des Weiteren möge geprüft werden, ob die Arbeit der weiteren Lebensmittelausgabestellen gesichert ist.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Bereitstellung von Haushaltsmitteln für Personalbedarfe mit Corona-Bezug

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4653/2020-2025

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung vereinbart, erfolgt die Beratung zu TOP 6 unter Punkt 12.1.

Beigeordneter Herr Adamski erläutert die Vorlage. Der Personalmehraufwand in der Ordnungs-, Gesundheits- und Schulverwaltung sowie im Callcenter werde im Hinblick auf die Pandemieentwicklung angemessen reduziert. In drei bis vier Wochen sei mit dem Peak der aktuellen Welle zu rechnen. Danach greife dann die Exit-Strategie aus der Vorlage, deren Regelung bis Mitte 2023 gelten solle.

Beigeordneter Herr Adamski antwortet Frau Beier, er könne zurzeit keine belastbare Aussage treffen zur weiteren Finanzierung des Personalaufwandes durch das Land NRW. Auf die Nachfrage von Herrn Hood zur Personalbemessung antwortet er, sie orientiere sich an der Klinikbelegung, weil dies die einzig validen Zahlen seien, die zur Verfügung stünden. Ob und inwieweit das nun dafür zuständige Land NRW demnächst Regelungen erlasse, die einen Mehraufwand zur Folge hätten, sei unsicher. In diesem Fall müsste der defensiv kalkulierte Personalbestand kurzfristig angepasst werden. Zur Frage von Herrn Knauf bezüglich der Aufgabenart und einer möglichen Personalreduktion erläutert Beigeordneter Herr Adamski, dass die Aufgaben des Gesundheitsamtes als übertragener Aufgabenkreis Pflichtaufgaben seien. Hier greife möglicherweise der ÖGD-Pakt. Der Einsatz der Sicherheits- und Ordnungskräfte sei weitestgehend Service am Bürger, um gerade den ÖPNV sicherer zu machen und aufrechterhalten zu können. Noch gäbe es keine rechtlichen Vorgaben, die hier Pflichtaufgaben entstehen ließen. In etwa einem halben Jahr werde absehbar, ob eine weitere Reduzierung oder ein Einsatz der Stellen für bislang zurückgestellte Pflichtaufgaben wie z. B. die einrichtungsbezogene Anwendung der Masernimpfpflicht möglich werde.

Von der Vorsitzenden Frau Gorsler zur aktuellen Corona-Lage befragt, nennt Beigeordneter Herr Adamski 161 Patienten mit Covid 19- Erkrankung in den Bielefelder Krankenhäusern. Von ihnen würden 7 intensivstationär behandelt, davon 3 beatmet. Die Fallzahlen-Steigerung sei signifikant. Als Gegenmaßnahme solle verstärkt die Impfung mit dem Impfstoff zu den Virusvarianten BA 4 und BA 5 angeboten werden. Dazu würden die Öffnungszeiten in den Impfzentren ergänzend zum Angebot der Hausärzte ausgeweitet. Frau Rammert weist darauf hin, dass viele Hausarztpraxen geschlossen seien, da ihr Personal erkrankt sei. Herr Gugat regt an, dass auch diejenigen uneingeschränkt im Impfzentrum geimpft werden sollten, die nicht der Empfehlung der StlKo entsprächen, aber eine 4. Impfung wünschten.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst daraufhin folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat zu beschließen,

a) der Verlängerung des überplanmäßigen Personaleinsatzes im Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt im Umfang von 32 Vollzeitäquivalenten „Containment-Scouts“ und 1 Vollzeitäquivalent „Hygienekontrolleur*in“ für den Zeitraum ab 01.01.2023 bis 30.06.2023

und

b) dem damit verbundenen Personalaufwand von 742.500 Euro in 2023 in der Produktgruppe 110108 Personalmanagement zuzustimmen.

Da es sich bei dem vorliegenden Sachverhalt um Aufgaben handelt, die zwar dem Grunde, nicht aber der Höhe nach pflichtig sind und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen nicht gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat in seiner Sitzung am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Schwerpunktziele des Kommunalen Integrationszentrums Bielefeld im Zeitraum 01.01.2023 - 31.12.2024

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4661/2020-2025

Zu diesem TOP findet keine Aussprache statt.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 8

Weitere Verwendung des Integrationsbudgets - Fortsetzung Sprachlernangebote

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4767/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die noch ausstehende abschließende Beratung der Vorlage im Integrationsrat, so dass sie als 1. Lesung behandelt werde.

Herr Hood stellt Fragen, die zur zweiten Lesung beantwortet sein sollten. Ihm fehlten klarere Angaben, wie viele Menschen durch die unterschiedlichen Angebote erreicht würden. Dies sei in der Vorlage lediglich für die Sprachkurse unter der Nr. 2 dargestellt, nicht aber für die Sprachtreffs (Nr. 1), die Sprachfördertreffen (Nr. 3) und die Sprachtrainings für Frauen (Nr. 4). Er möchte gerne wissen, wie oft sich die Nutzerinnen eines Sprachtrainings träfen. Weiterhin wünscht er eine Aussage dazu, ob die verschiedenen Angebote dieselben Personengruppen ansprechen und erreichten oder wie sich die Nutzergruppen unterschieden.

Beigeordneter Herr Nürnberger sagt die Informationen für die nächste Sitzung zu.

-Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt nach 1. Lesung Kenntnis-

-.-.-

Zu Punkt 9

Verbindliche Bedarfsplanung der Stadt Bielefeld für die stationären und teilstationären Pflegeplätze 2022 bis 2024 - 2. Lesung

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4288/2020-2025

Vorsitzende Frau Gorsler stellt fest, dass die noch offene Frage beantwortet worden sei. Herr Weber merkt an, dass die CDU-Fraktion die Situation gerade in Bezug auf Schildesche weiter beobachten werde.

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss trifft folgenden

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2022-2024 ein rechnerisches Defizit an stationären Pflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, den im letzten Jahr angestoßenen Prozess zur Entwicklung innovativer Wohn- und Versorgungsformen weiterzuerfolgen, um auf sich verändernde Bedarfe reagieren zu können.

2. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2022-2024 ein Bedarf an zusätzlichen Kurzzeitpflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird beauftragt, die vorliegenden konkreten Interessensbekundungen für solitäre Kurzzeitpflegeplätze zu begleiten, um im besten Fall die Schaffung zusätzlicher solitärer Plätze zu unterstützen. Dennoch soll der Austausch darüber, wie die Versorgung mit Kurzzeitpflegeplätzen verbessert werden kann, fortgesetzt und mit dem unter 1. beschriebenen Prozess verknüpft werden.

3. Der Rat der Stadt Bielefeld stellt fest, dass im Planungszeitraum 2022-2024 kein dringender weiterer Bedarf an Tagespflegeplätzen besteht.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, interessierte Träger, die den Bau neuer Tagespflegeangebote in Betracht ziehen, über die aktuelle Situation hinsichtlich der geringeren Nachfrage und geringeren Auslastung in den Bielefelder Tagespflegen zu informieren, über mögliche wirtschaftliche Risiken aufzuklären und ggf. ein Verschieben des Vorhabens zu empfehlen.

4. Dem Bedarfsplan zur stationären und teilstationären Versorgung 2022-2024 wird zugestimmt.

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10

Finanzierung der Evaluation psychiatrische Haftnachsorgeambulanz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 3706/2020-2025 und 3706/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die erneut vorliegende Beschlussvorlage sowie die ergänzende Informationsvorlage und eröffnet die Beratung.

Frau Rammert wünscht sich als stellvertretene Vorsitzende des JVA-Beirates Bielefeld-Brackwede ein einstimmiges positives Votum, da die Nachsorge im Hinblick auf die psychischen Auffälligkeiten bei inhaftierten Menschen wichtig sei und da Prävention dabei helfe, Folgekosten einzusparen. Herr Hood hält sowohl die Haftnachsorgeambulanz als auch die Projektevaluation für hilfreich und wünschenswert. Er stellt jedoch in Frage, ob die Evaluation eines über das Justizministerium geförderten Landesprojektes Aufgabe der Kommune sei. Ihn interessierten die Gründe, warum Langenfeld und Paderborn eine Finanzierungsbeteiligung ablehnten.

Herr Hood stellt für die Koalition den Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, eine Finanzierung beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) NW zu beantragen, da es sich um ein Pilotprojekt von landesweiter Wirkung handele. Herr Copertino regt an, diesen Auftrag um das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKDB) NW zu erweitern und für die Finanzierungsanfrage an das Land auch die Kommunen Langenfeld und Paderborn zu gewinnen.

Der Psychiatriebeirat unterstütze nach Aussage von Herrn Klein die Einrichtung einer Haftnachsorgeambulanz. Er werbe darum, mit Nachdruck weitere Kostenträger ins Boot zu holen. Herr Knauf unterstützt diesen Appell. Beigeordneter Herr Nürnberger weist auf Bitte des Oberbürgermeisters darauf hin, dass Bethel versuche, in den Empfänger katalog beim Amtsgericht zu kommen, um von dort Bußgelder als Drittmittel zu erhalten. Diese könnten zu einer Verringerung der notwendigen Mittel führen. Seiner Auffassung nach profitiere der Standort Bielefeld von der Haftnachsorgeambulanz, wenn dieses Angebot qualitativ weiterentwickelt werde, weil es zu mehr Sicherheit in Bielefeld beitragen könne.

Vorsitzende Gorsler formuliert die Ergänzung zum Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Refinanzierung beim Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NW) sowie beim Landesministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKDB NW), den anderen beteiligten Kommunen und anderen Kostenträgern nochmals zu beantragen, da die Evaluation der Haftnachsorge ein landesweites Interesse beinhaltet.

Diese Ergänzung zum Beschlussvorschlag wird von den Mitgliedern einstimmig angenommen.

Unter Berücksichtigung des Änderungsantrages fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden,

vom Beschlussvorschlag abweichenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt, für die Evaluation des Projekts psychiatrische Haftnachsorge-Ambulanz in NRW einen Betrag in Höhe von insgesamt 117.000 €,

- davon einen Betrag in Höhe von 47.000 € überplanmäßig im Jahr 2022 sowie
- einen Betrag in Höhe von 70.000 € im Haushaltsplan 2023 bereitzustellen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Refinanzierung beim Landesministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS NW) sowie beim Landesministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung (MHKDB NW), den anderen beteiligten Kommunen und anderen Kostenträgern nochmals zu beantragen, da die Evaluation der Haftnachsorge ein landesweites Interesse beinhaltet.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11 Verteilung der Projektmittel für die offene Seniorenarbeit 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4676/2020-2025

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss beschließt, die im Handlungsfeld Seniorinnen- und Seniorenförderung zur Verfügung stehenden Projektmittel in Höhe von 15.000 € in 2022 wie folgt einzusetzen:

Träger	Projekt	Förderung
AWO Kreisverband Bielefeld	Digital-Navi für ältere Migrant*innen	2.700 €
Kunstforum Hermann Stenner	Den Rucksack neu schnüren – innehalten und gestärkt weitergehen!	1.200 €
Diakonie für Bielefeld gGmbH	Älter werden - Vielfalt leben	1.400 €
Gesellschaft für Sozialarbeit	Teilhabe im Alter durch Stärkung der Medienkompetenz	1.400 €
Stadtbibliothek	Begegnungsort Stadtbibliothek	3.300 €
Verein für ein zeitgemäßes Leben e.V.	Gemeinsamkeit statt Einsamkeit	2.000 €

Förderkreis für Soziale Stadtteilarbeit e. V.	Bad Oeynhausen erleben	1.000 €
Deutsches Rotes Kreuz	Musikprojekt „Offenes Singen für Senior*innen	2.000 €

- bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12 Haushaltsplanberatungen für den Haushalt 2023 - 2. Lesung

Vorsitzende Frau Gorsler verweist auf die im Vorfeld versandten Antworten auf die von den Fraktionen eingereichten Fragen zum Haushalt 2023.

Herr Hood wünscht sich unter Hinweis auf seine Vorbemerkungen zu den gestellten Fragen, dass künftige Haushaltspläne mehr Informationen enthalten, um Rückfragen zu vermeiden.

Herr Copertino führt für die CDU-Fraktion aus, warum diese in dieser Sitzung den Beschlussvorlagen zum Haushalt nicht zustimmen werde. Dem Änderungsantrag zu den LuF sei nicht zugestimmt worden, vielmehr würden zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt. In den Beschlüssen seien weiter Ausgabepositionen enthalten, denen die CDU bisher nicht zugestimmt habe.

Zu Punkt 12.1 Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Wie vor Eintritt in die Tagesordnung vereinbart, erfolgt zunächst die Beratung zu TOP 6. Die Protokollierung erfolgt unter TOP 6.

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4464/2020-2025 (Haushaltsvorlage)

Drucksachennummer: 4947/2020-2025 (Änderungsantrag)

Vorsitzende Frau Gorsler teilt mit, dass es zur Haushaltsvorlage des Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamtes einen Änderungsantrag der Koalition gebe, der als Tischvorlage vorliege (**Anlage 2**).

Herr Fluhme erläutert den Änderungsantrag der Koalition (Drucksachen-Nr. 4947/2020-2025) zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Umsetzung erster Maßnahmen des Bielefelder Hitzeaktionsplanes. Hierzu merkt Herr Kuhlmann an, dass die CDU dem Antrag nicht zustimmen werde. Wegen der kurzfristigen Vorlage sei eine inhaltliche Auseinandersetzung nicht möglich. Für eine Berücksichtigung im Haushalt fehlten die konkreten dafür notwendigen Angaben, z.B. um welche Maßnahmen es sich handeln solle und ob die Mittel auskömmlich seien.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, lässt Vorsitzende Frau Gorsler über den Änderungsantrag abstimmen:

Einzelbeschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Koalition (Drucksachen-Nr. 4947/2020-2025):

Die Verwaltung wird gebeten, im Jahr 2023 Haushaltsmittel in Höhe von 85.000 Euro für die Umsetzung erster Maßnahmen des Bielefelder Hitzeaktionsplans bereitzustellen. Mittelfristig sind 2024 weitere Mittel in Höhe von 75.000 Euro einzuplanen. Um den Eigenanteil ggfs. zu reduzieren, sind Fördermittel zu beantragen.

- mit Mehrheit bei einer Enthaltung beschlossen -

Die Fragen zum Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt wurden beantwortet, es bestehen keine weiteren Fragen. Daher lässt Vorsitzende Frau Gorsler unter dem Hinweis auf die gerade beschlossene Änderung und den Vorbehalt der weiteren Haushaltsberatungen über die Haushaltsvorlage für das Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt abstimmen:

Beschluss über Drucksachen-Nr. 4947/2020-2025:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld den Haushalts- und Stellenplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2023 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen:
11.02.03 Lebensmittel-, Schadstoffüberwachung
11.02.04 Veterinärwesen/Artenschutz
11.02.05 Fleischhygiene
11.07.01 Gesundheitsförderung
11.07.02 Gutachten und Stellungnahmen
11.07.03 Gesundheitshilfe
11.07.04 Gesundheits- und Infektionsschutz
11.07.05 Medizinische Ausbildung OWL

wird zugestimmt.

2. Den **Teilergebnisplänen**
der Produktgruppe 11.02.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 156.780,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.248.898,- €,
der Produktgruppe 11.02.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 19.500,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 433.822,- €,
der Produktgruppe 11.02.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 50.000,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 36.771,- €,
der Produktgruppe 11.07.01 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 449.886,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.430.369,- €,
der Produktgruppe 11.07.02 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 302.912,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 437.400,- €,

der Produktgruppe 11.07.03 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 255.433,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.747.485,- €,

der Produktgruppe 11.07.04 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 1.471.445,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 2.655.896,- €,

der Produktgruppe 11.07.05 mit ordentlichen Erträgen in Höhe von 0,- € und ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 26.800,- €

wird unter Berücksichtigung der Erträge aus der Veränderungsliste (Anlage 4) zugestimmt.

3. Dem **Teilfinanzplan A**

der Produktgruppe 11.02.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 300,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.02.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 200,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.01 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 5.100,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.02 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 11.214,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.03 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 314,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

der Produktgruppe 11.07.04 mit investiven Einzahlungen in Höhe von 0,- €, mit investiven Auszahlungen von 400,- € und Verpflichtungserklärungen in Höhe von 0,- €,

wird zugestimmt.

4. Dem **Teilfinanzplan B**

der Produktgruppen 11.02.03, 11.02.04, 11.07.01, 11.07.02, 11.07.03 und 11.07.04

wird zugestimmt.

5. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln**

der Produktgruppen 11.02.05, 11.07.01, 11.07.04 und 11.07.05

wird zugestimmt.

6. Dem **Stellenplan 2023** für das Amt 530 wird zugestimmt.

Die Veränderungsliste gegenüber dem Stellenplan 2022 für das Amt 530 ist als Anlage 1 beigefügt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12.2 Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für den Stab des Dezernats Soziales und Integration

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4451/2020-2025

Da nach der Beantwortung der vorab eingereichten Fragen keine weiteren Wortmeldungen bestehen, lässt die Vorsitzende über die Beschlussvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.22, 11.05.05, und 11.05.06 wird zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der

Produktgruppe	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales und Integration	76 €	476.251 €	476.175 €
11.05.05 Jobcenter Arbeitplus Bielefeld	2 €	8.471 €	8.469 €
11.05.06 REGE	2 €	2.385.937 €	2.385.935 €
Summen	80 €	2.870.659 €	2.870.579 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.22 Verwaltungsleitung – Dezernat Soziales und Integration	0 €	2.500 €	2.500 €

wird zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden.

3. Dem **Stellenplan 2023** für den Stab des Dezernats 5 – 095 – wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 12.3 Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4303/2020-2025

Beigeordneter Herr Nürnberger erinnert an die Informationsvorlage zum Grünen Würfel (Drucksachen-Nr. 4304/2020-2025) und weist darauf hin, dass die Mittel für den Weiterbetrieb des Grünen Würfels als soziale Einrichtung im Haushalt abgebildet seien. Er verteilt als Tischvorlage (**Anlage 3**) die von der Politik gewünschte Übersicht über die Besucher*innenzahlen. Sie zeige, dass das Ziel, mehr Menschen auf den Kesselbrink zu bringen, erreicht werde.

Da keine weiteren Fragen mehr vorliegen, lässt Vorsitzende Frau Gorsler über die Haushaltsvorlage abstimmen.

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

4. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppe 11.01.31 wird zugestimmt.
5. Dem **Teilergebnisplan** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2023	119.661 €	3.308.565 €	3.188.904 €

und den **Teilfinanzplänen A und B** der

Produktgruppe	Haushalts-jahr	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis (Budget)
11.01.31 Integrierte Sozialplanung u. Prävention	2023	0 €	4.000 €	4.000 €

wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 2 und 7 beigefügten Veränderungslisten Haushaltsplanaufstellung 2023 - 2026 mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

6. Den **speziellen Bewirtschaftungsregeln** der Produktgruppe 11.01.31 für den Haushalt 2023 wird zugestimmt.
7. Dem **Stellenplanentwurf** 2023 für das Büro für Integrierte Sozialplanung und Prävention entsprechend Anlage 3 wird unter Berücksichtigung der als Anlagen 5 und 6 beigefügten Veränderungslisten mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.

8. Da es sich bei der lfd. Nr. 482 der **Veränderungsliste Stellenplan** (Anlagen 3 und 5) um freiwillige Leistungen handelt und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen aufgrund des vss. Wegfalls der Landesförderung nicht mehr gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Fortführung der unter Vorbehalt stehenden Position im Stellenplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12.4 Haushalts- und Stellenplan 2023 für das Kommunale Integrationszentrum

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4422/2020-2025

Auch hier verweist Vorsitzende Frau Gorsler auf die vorab gestellten Fragen und ihre Beantwortung durch die Verwaltung. Herr Hood merkt die unterschiedlichen Zahlen in den Vorlagen mit den Drucksachen-Nr. 2259/2020-2025 und 4422/2020-2025 an. Die Frage nach den Parametern für die Leitungsstelle sei für ihn nicht ausreichend beantwortet worden. Herr Wörmann antwortet hierzu, dass er das Kommunale Integrationszentrum mit derzeit 24 Köpfen, verteilt auf 18 Vollzeit-Stellen in drei Abteilungen, führe. Neben der Leitungsfunktion nehme er weitere Aufgaben wahr.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Sozial- und Gesundheitsausschuss folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den Zielen und Kennzahlen der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt.
2. Dem Teilergebnisplan der Produktgruppe 11.01.27 wird zugestimmt:

Produktgruppe	Bezeichnung	mit ordentlichen Erträgen	mit ordentlichen Aufwendungen	Ergebnis (Budget)
11.01.27	Kommunale Integrationsarbeit	877.474,25 €	2.366.895,16 €	1.489.420,91 €

3. Dem Teilfinanzplan A der Produktgruppe 11.01.27.06 wird zugestimmt.
4. Dem Stellenplan 2023 für das Kommunale Integrationszentrum entsprechend Anlage 1 (Gesamtveränderungsliste 2023) wird zu-

gestimmt.

Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppe 11.01.27 „Kommunale Integrationsarbeit“ wird zugestimmt

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 12.5 Haushaltsplan und Stellenplan 2023 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4436/2020-2025/1

Vorsitzende Frau Gorsler teilt mit, dass die Nachtragsvorlage die Ursprungsvorlage ersetzt und verweist auf die schriftlich beantworteten Fragen.

Herr Hood erläutert zu den Nachfragen, dass es für die Kommunalpolitik gerade im Sozial- und Jugendbereich schwer sei, eine Übersicht über die Gesamtlage zu erhalten. Dafür würden Informationen in komprimierter Form benötigt.

Er halte die in der Nachtragsvorlage enthaltene Reaktion der Verwaltung auf die Kostensteigerungen für richtig. Herr Hood bittet um eine Erläuterung, wie der kommunale Anteil in Höhe von 730.000 Euro aufgrund der Regelsatzerhöhungen zustande komme. Dazu antwortet Herr Doodt, dass es sich hierbei um die Auswirkungen im 3. Kapitel SGB XII und im AsyblG, also um kommunal finanzierte Rechtskreise, handele.

Vorsitzende Frau Gorsler stellt eine Nachfrage zur Höhe des Energiefonds im Bereich der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen, die von Herrn Linnenbürger beantwortet wird: Bei der Ermittlung des Betrages wurde davon ausgegangen, dass 3 % des Gesamtvolumens der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen in Höhe von rd. 19 Mio Euro auf reine Energiekosten entfallen. Dies entspricht einem Betrag von 570.000 Euro. Zur Deckung einer Verdopplung der Energiekosten wurde dieser Betrag zusätzlich im Haushalt kalkuliert und auf das Sozial- und das Jugendamt entsprechend des Anteils der Finanzierungsanteile am Gesamtvolumen aufgeteilt. Auf das Amt für soziale Leistungen entfallen dabei ca. 45 % und somit 255.000 Euro.

In diesem Zusammenhang weist Herr Hood darauf hin, dass die Finanzmittel des Energiefonds eine Maximalsumme darstellten, die möglicherweise nicht vollständig ausgegeben werden müsse und aus der bei Einsparungen keine Rücklagen gebildet werden sollten.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt

Bielefeld, den Haushaltsplan 2023 mit den Plandaten für die Jahre 2024 bis 2026 wie folgt zu beschließen:

1. Den **Zielen und Kennzahlen** der Produktgruppen 11.01.66, 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird unter Berücksichtigung der als Anlage 7 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2023 – 2026 (Statistische Kennzahlen)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt.
2. Den **Teilergebnisplänen** der nachstehenden Produktgruppen wird unter Berücksichtigung der als Anlage 2 beigefügten „Veränderungsliste Haushaltsplanaufstellung 2023 – 2026 (Ergebnisplanung)“ mit den aufgeführten Änderungen zugestimmt, soweit keine abweichenden Einzelbeschlüsse gefasst werden:

Produktgruppe	Ordentliche Erträge	Ordentliche Aufwendungen	Finanzerträge	Ordentliches Ergebnis
11.01.66 SGA, Seniorenrat, Beiräte	2.257 €	120.368 €	0 €	118.111 €
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	80.873.748 €	131.142.665 €	0 €	50.268.917 €
11.05.02 Sicherung des Lebensunterhalts	62.344.753 €	82.798.047 €	12.000 €	20.441.294 €
11.05.03 Besondere soziale Leistungen	13.069.561 €	73.996.901 €	0 €	60.927.340 €
Insgesamt	156.290.319 €	288.057.981 €	12.000 €	131.755.662 €

Da es sich bei den lfd. Nrn. 11, 12, 13, 15, 16 und 17 der Veränderungsliste (Anlage 2) um freiwillige bzw. zwar dem Grunde, nicht aber der Höhe nach pflichtige Leistungen handelt und eine vollständige Deckung der daraus resultierenden Mehraufwendungen nicht gegeben ist, steht der Beschluss hierzu unter einem Haushaltsvorbehalt. Über die Aufnahme der unter Vorbehalt stehenden Positionen in den Haushaltsplan 2023 entscheidet der Rat am 08.12.2022 unter Berücksichtigung seines Eckdatenbeschlusses.

3. Den Teilfinanzplänen A und B der nachstehenden Produktgruppe wird zugestimmt:

Produktgruppe	Investive Einzahlungen	Investive Auszahlungen	Ergebnis 2023
11.05.01 Grundsicherung für Arbeit	51.000 €	114.100 €	63.100 €
Insgesamt	51.000 €	114.100 €	63.100 €

4. Den speziellen Bewirtschaftungsregeln der Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.
5. Dem Stellenplan 2023 für das Amt für soziale Leistungen - Sozialamt - wird unter Berücksichtigung der als Anlage 5 beigefügten „Ergänzung zur Veränderungsliste für den Stellenplan 2023“ zugestimmt.

6. Den Änderungen zu den „Erläuterungen zu den Haushaltspositionen“ zu den Produktgruppen 11.05.01, 11.05.02 und 11.05.03 wird zugestimmt.

- mit Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 13

Benennung von Mitgliedern des Psychiatriebeirates

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 4739/2020-2025

Der Sozial- und Gesundheitsausschuss fasst ohne weitere Aussprache den

Beschluss:

Nach Nr. 4 der Satzung des Psychiatriebeirates in der Fassung der 3. Änderungssatzung vom 07.04.2022 wird folgende Person als Mitglied des Psychiatriebeirates ernannt:

<u>Name</u>	<u>Institution/Verband</u>
Frau Bernadette Brandtmann und Jugendpsychiatrie Bielefeld	Kooperationskreis Kinder- und Jugendpsychiatrie Bielefeld

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 14

Bericht über den "Runden Tisch Energiearmut"

Frau Krutwage knüpft an den Bericht in der Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses am 30.08.2022 an und verweist auf die ständige Berichterstattung zuletzt im Rat und HWBA.

Am 03. September habe die dritte Sitzung des „Runden Tisches Energiearmut“ stattgefunden. Dabei sei es um die Frage gegangen „Welche Hilfen sind jetzt gut an den Start zu bringen?“. Das Ergebnis sei die dem Rat vorgestellte Liste gewesen mit der Ausweitung der Beratungsangebote, einer Informationskampagne und den Überlegungen beim Jobcenter bzw. Sozialamt, Hilfestellung durch eine vereinfachte Antragstellung oder die Streckung von Rückforderungen zu geben, wenn Hilfesuchenden durch die Energiekosten die finanzielle Überforderung drohe.

Die Multiplikatoren-Schulungen für die Stadtteilmütter seien im September durchgeführt worden. Am 19.10.2022 fänden weitere Schulungsangebote für die Vertreter*innen der Quartiersarbeit und der Begegnungszentren statt. Dann solle es noch einen dritten Termin für alle weiteren Interessierten geben. Die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarungen für die Erweiterung der Beratungsangebote würden derzeit mit den Trägern vorbereitet und verhandelt.

Am heutigen Tag habe um 17 Uhr ein Pressegespräch mit dem Oberbürgermeister und der Geschäftsführung der Stadtwerke stattgefunden. Thema war die Kampagne rund um das Energiesparen und die Energiearmut, die auf den verschiedenen Kommunikationskanälen verbreitet werden sollte. Die Beratungsangebote seien erhoben und systematisiert worden, hierzu erarbeite das Presseamt Flyer in mehreren Sprachen. In einem weiteren Pressegespräch sei die Hotline der Stiftung Solidarität vorgestellt worden, die nunmehr freigeschaltet sei.

Frau Krutwage hebt hervor, dass es insgesamt zu diesem Thema in Bielefeld eine gute Vernetzung und ein hohes Engagement gebe und führt Beispiele dazu an. Die Vertreterin der Landesstelle der Verbraucherberatungen, Frau Kopf, habe sich dazu ebenfalls lobend geäußert. Aus vielen Gründen müsse Energie gespart werden und sie werde teuer bleiben. Daher sei der Anstoß durch den Antrag am Jahresbeginn hilfreich gewesen. Der Runde Tisch werde weiterhin beraten, was wirke, was bei den Menschen ankomme und was noch fehle.

Beigeordneter Herr Nürnberger ergänzt die Ausführungen um die Idee „Wärme schenken“. Dabei sollen niederschwellige Möglichkeiten in verschiedenen Einrichtungen angeboten werden, gemeinsam zu essen und Zeit miteinander zu verbringen. Ein Beispiel hierfür sei die geplante Vesperkirche an zwei Wochen im Februar 2023.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 15

Geflüchtete aus der Ukraine - aktueller Sachstand

Frau Krutwage berichtet zur aktuellen Situation, die durch Fluchtbewegungen nicht nur aus der Ukraine, sondern insgesamt auch aus dem arabischen Raum gekennzeichnet sei. Aktuell seien rd. 3.800 Menschen aus der Ukraine nach Bielefeld gekommen. Die Stadt Bielefeld übererfülle derzeit ihre Aufnahmeverpflichtung und bekomme daher nur sehr geringe Zuweisungen aus anderen Ländern, ganz überwiegend Familiennachzüge. Pro Woche gebe es jeweils etwa 20 – 30 Zu- und Abgänge. Die Stadt Bielefeld bereite sich trotzdem auf die Aufnahme weiterer geflüchteter Menschen vor, da das Gesamtgeschehen immer komplexer und unwägbarer werde.

Insgesamt seien 1.424 Personen in städtischen Unterkünften untergebracht, hiervon wiederum 634 in den sogenannten Briten-Häusern der BlmA in Stieghorst und Heepen. Von diesen Häusern würden weitere zur Nutzung vorbereitet. Daneben seien weitere Unterbringungskapazitäten vorhanden, die aber derzeit nicht benötigt würden.

Die Integration in den Arbeitsmarkt gehe voran, die Zahl der Bedarfsgemeinschaften aus diesem Personenkreis sei leicht gesunken. Allein in der vergangenen Woche seien 50 Integrationen in den Arbeitsmarkt erfolgt. Einige Sprach- und Integrationskurse würden in den nächsten Wochen abgeschlossen.

921 Kinder würden schulisch versorgt, davon 550 Kinder in der Sekundarstufe I und 371 in der Primarstufe. Es gebe nur noch wenige Kinder auf der Liste des Kommunalen Integrationszentrums, die auf eine Schulzuweisung warteten. Die Wartezeit für einen Kindergartenplatz habe sich um die Hälfte reduziert.

Insgesamt bestehe weiterhin ein hoher Beratungsbedarf, die Anlaufstelle im Rathaus verzeichne rd. 1.100 bis 1.200 Menschen pro Monat. Die in der letzten Sitzung beschlossenen Projekte würden umgesetzt, Mitarbeiter*innen für die Quartiersarbeit in Heepen und Stieghorst sowie die Zielgruppenunterstützung an der Unterbringungsstelle Fachhochschule seien gewonnen worden. In den Quartieren würden die Räumlichkeiten ertüchtigt und erste Angebote gestartet.

Die Versorgung der Kinder mit Behinderungen durch den Träger Bethel sei inhaltlich sehr herausfordernd. Hinzu komme der Zuständigkeitswechsel ab dem 01.06.2022 von der Stadt Bielefeld zum LWL. Dadurch würden die bei der Eingliederungshilfe vorgesehenen Verfahren nötig. Für rd. 90 Kinder sei eine Hilfeplanung erforderlich. Nach den Herbstferien sei der Schulbesuch in der Mamre-Patmos-Schule gestartet, hierfür würden Schulbegleiter und Schulbegleiterinnen benötigt. Für deren Einsatz sei ein systemischer Ansatz mit einer Pool-Lösung beabsichtigt. Das Land finanziere zunächst bis zum 31.07.2023 die erforderlichen Lehrerstellen. Die Schulbegleitung solle von den zwei großen Anbietern koordiniert werden. Hierfür müsse die für die Integrationshilfe zuständige Stadt Bielefeld mit diesen Träger entsprechende Finanzierungsvereinbarungen schließen, die für 12 Monate einen Umfang von 270.000 Euro hätten. Es sei damit zu rechnen, dass diese Aufgabe länger als 12 Monate finanziert werden müsse.

Frau Krutwage fasst zusammen, dass die weitere Entwicklung insgesamt ungewiss bleibe. Dennoch seien alle Beteiligten ob der Erfahrungen und Lehren des Jahres 2015 zuversichtlich, die Situation bewältigen zu können.

Beigeordneter Herr Nürnberger weist darauf hin, dass die Zahlen der unbegleiteten Minderjährigen wieder zunehmen, was das Jugendamt und die Jugendhilfeträger zunehmend belastete. Diese kämen weniger aus der Ukraine, vielmehr vor allem aus Afghanistan und Syrien.

Zu den Fragen von Frau Weißenfels und Herrn Weber nach den Unterbringungsplätzen in der Schillerstraße antworten Beigeordneter Herr Nürnberger und Frau Krutwage, dass die 100 möglichen Plätze derzeit nicht belegt seien, sondern die Räume als Lagefläche genutzt würden. Die ehemals in der Schillerstraße Untergebrachten könnten auf den Rütli und die Fachhochschule an der Werner-Bock-Str. verteilt werden. Um die Situation weiter zu entzerren, werde ihre teilweise Unterbringung in regulären Wohnungen angestrebt. Auch die Verteilung der Kinder erfolge auf unterschiedliche Schulen.

Auf die Frage von Herrn Hood erläutert Beigeordneter Herr Nürnberger, dass die Belegung der Briten-Häuser mit der BIMA bis Ende 2023 mit einer Verlängerungsoption bis 2025 vereinbart sei. Voraussichtlich entstünde über die kommenden drei Jahre ein neues Quartier, was durch eine längerfristige Quartiersarbeit unterstützt werden solle.

Herr Gugat berichtet, dass die Initiative „Geflüchtete willkommen in Bielefeld“ derzeit jede Woche 3-5 Wohnungsangebote für ukrainische Geflüchtete bekäme. Seiner Ansicht nach nehme die Hilfsbereitschaft nicht ab, vielmehr wandelten sich die Bedarfe.

Weitere Wortbeiträge gibt es nicht, so dass Vorsitzende Frau Gorsler die Diskussionsrunde beendet.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis. -

-.-.-

Zu Punkt 16 **Sachstand zur Erprobung des Sonnen- und Regenschutz auf dem Kesselbrink - Erfahrungen der Streetworker*innen und Ausblick**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 4398/2020-2025

Herr Copertino verweist auf die Beratung des Themas im Jugendhilfeausschuss. Er regt an, die Informationsvorlage 4398/2020-2025 auch der Bezirksvertretung Brackwede vorzulegen, da darin der Treppenplatz in Brackwede erwähnt werde.

- Der Sozial- und Gesundheitsausschuss nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 17 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Es wird kein Bericht gegeben.

-.-.-

Vorsitzende Frau Gorsler stellt die Nichtöffentlichkeit der Sitzung her.

Sylvia Gorsler
(Vorsitzende)

Britta Zimmermann
(Schriftführung)